

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Pflegebetrug in Bremen und Bremerhaven

Nach aktuellen Medienberichterstattungen ist es in mehreren deutschen Kommunen zu Pflegebetrug im großangelegten Stil gekommen. Erste staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gehen von organisierter Kriminalität im Pflegebereich aus. Russische und osteuropäische Banden sind mutmaßlich daran beteiligt. Zu einem regionalen Schwerpunkt des Betrugs soll es in Bremen und Bremerhaven gekommen sein. Möglicherweise ist dabei ein Schaden im mehrstelligen Millionenbereich entstanden, weil Leistungen für nichtexistierende Patienten und Patientinnen abgerechnet, oder Pflegedokumentationen systematisch gefälscht wurden. Von den Ermittlungen betroffen sind vor allem der ambulante Pflegebereich, sowie Seniorenwohngemeinschaften und betreute Wohnformen. Eine Gefährdung von pflegebedürftigen Menschen ist im Rahmen dieser Betrugsfälle nicht auszuschließen.

Auf Grund der hohen Aktualität des Themas und der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen fordert die Fragestellerin den Senat auf, die vorliegende Anfrage innerhalb von drei Wochen zu beantworten (§ 29 Abs. 1 Satz 2 GO)

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen Pflegebetruges mit welchem Ausgang wurden seit 2015 in Bremen und Bremerhaven eingeleitet? Wie viele gerichtliche Verfahren mit welchem Ausgang fanden im gleichen Zeitraum statt? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)
2. Nach welchem Schema liefen die bekannten Betrugsfälle in Bremen und Bremerhaven ab? Welche Einrichtungen im Bereich Pflege waren davon vorrangig betroffen? Von welchem Schaden für die Kranken- und Pflegekassen sowie die Träger und Einrichtungen geht der Senat derzeit aus? Welche Maßnahmen plant der Senat, um ggf. Gelder zurückzufordern? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)
3. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, dass es im Rahmen des Pflegebetrugs zu Schädigungen von Patientinnen und Patienten gekommen ist? Wie reagiert der Senat, wenn entsprechende Fälle bekannt werden? Welche Präventi-

onsmaßnahmen bestehen derzeit im Bereich Pflegebetrug? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)

4. Aus welchen Staaten kommen die Tatverdächtigen, gegen die derzeit Ermittlungsverfahren bzw. Gerichtsverfahren anhängig sind? Wurde seit 2015 auch gegen Träger von Pflegeeinrichtungen ermittelt? Ist in diesem Bereich organisierte Kriminalität bekannt? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)
5. Welche Maßnahmen hat der Senat getroffen, um Pflegebetrug in Bremen und Bremerhaven zukünftig zu verhindern? Wie werden die Mitarbeiter der Heimaufsicht entsprechend dafür sensibilisiert? Wie soll die Heimaufsicht in Zukunft effizienter gestaltet werden bzw. welche Verbesserungen sind bei der Kooperation mit Kranken- und Pflegekassen ggf. geplant? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)

Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU